



FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

20.09.2017

Pressemitteilung Nr. 17/1085

**Geuter: Abstimmungsniederlage von CDU/FDP beim
Besoldungsgesetz – Neustrukturierung der OFD
wird jetzt doch gesetzlich geregelt**

„CDU und FDP haben heute gezeigt, dass sie nicht in der Lage sind, ihre durch zwielfältige Aktivitäten erreichte Mehrheit im Parlament auch politisch zu nutzen“, ist die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Geuter zufrieden mit dem Abstimmungserfolg der Regierungsfractionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen beim Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

Heute, Mittwoch, wurde im Landtag die Neuregelung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes beraten und beschlossen. „Einig waren sich alle Parteien darin, die im Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) vereinbarte Regelung, zugunsten der unteren Entgeltgruppen als soziale Komponente eine Mindesthöhung von 75 Euro vorzusehen, auf den Beamtenbereich übertragen. Dies ist auch aus unserer Sicht ein wichtiges Signal der Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten des Landes“, betont Renate Geuter als haushaltspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Nicht mit tragen wollten CDU und FDP die im Gesetzentwurf ebenfalls vorgesehene Umsetzung der Folgen der Auflösung der Oberfinanzdirektion Niedersachsen, die sich in einem neuen Stellenplan niederschlägt – dabei kann dann auch auf die B 7-Stelle des ehemaligen Oberfinanzpräsidenten verzichtet werden. So werden Kosten gespart.

Geuter: „In der Abstimmung heute haben sich die Vertreter von SPD und Bündnis 90/Die Grünen natürlich auch zu den Regelungen des Besoldungsgesetzes in der ursprünglich selbst von ihnen eingebrachten Fassung bekannt. Bei der Abstimmung über diesen Teil des Gesetzes verfehlten CDU und FDP die Mehrheit. Somit ist das Gesetz in der ursprünglichen Fassung – einschließlich der Stellenveränderungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der OFD – beschlossen worden.“

Die mangelnde Disziplin von CDU und FDP bei der heutigen Abstimmung hat aus Sicht der SPD-Finanzpolitikerin Renate Geuter ein positives Ergebnis: „Für die Beschäftigten in den beiden neu geschaffenen Landesämtern besteht Rechtssicherheit – der seit Jahresanfang begonnene Prozess der Neustrukturierung kann sinnvoll zu Ende gebracht werden.“